

4. Herausarbeitung einer neuen polnischen Außenpolitik nach 1989

Die Wahlen vom 4. Juni 1989 waren die "Schüsse der Aurora" für die polnische Revolution. Der Zeitpunkt, an dem sie stattfanden, war im Vergleich zu den später stattfindenden Umbrüchen in anderen Ländern des "sozialistischen Lagers" außenpolitisch ungünstig. Die Bildung der ersten nichtkommunistischen Nachkriegsregierung fand in einer "unfreundlichen" Umgebung statt. Die Sowjetunion war nicht bereit, ihren Satelliten voll in die Freiheit zu entlassen.¹⁰⁷ Trotzdem unternahm Mazowiecki den Versuch, eines der wichtigsten Ziele der Regimeopposition, die Integration mit dem Westen, ins Auge zu fassen, ohne an den Fundamenten zu rütteln und ohne die Nachbarn zu beunruhigen. In seinem *Exposé* verwies er auf den Willen Polens, seine Rolle im Warschauer Pakt ehrlich zu spielen. "Die von mir geleitete Regierung wird die Polen verpflichtenden, internationalen Verträge respektieren und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen erfüllen."¹⁰⁸ Mazowiecki bestimmte auch Polens neue Haltung zur Sowjetunion und zu den anderen – in dieser Zeit – noch sozialistischen Nachbarn:

*Meine Regierung möchte die Bündnisbeziehungen mit der Sowjetunion auf die Grundlage der Gleichberechtigung und der Achtung vor der Souveränität stellen. Unser Bündnis wird sich auf ein festes Fundament stützen, wenn die Bevölkerung es ratifiziert. (...) An unsere Nachbarn - die Tschechoslowakei und die Deutsche Demokratische Republik - sowie an die Länder unserer Region wenden wir uns mit der Bereitschaft, unsere Zusammenarbeit zu entfalten. Wir möchten unsere Beziehungen von der Bürokratie befreien und sie auf breitere Kontakte stützen.*¹⁰⁹

Die wirklich neue Qualität wurde erst in den nächsten Sätzen deutlich. Sie bedeutete eine Wende der polnischen (Außen-) Politik der Nachkriegszeit.

*Wir streben die Öffnung Polens gegenüber Europa und der Welt an. Eine volle und sinngerechte Entwicklung unserer Beziehungen auf allen Gebieten wurde bisher von Rücksichten gehemmt, die alles andere als rational waren. Wir müssen die Rückstände überwinden, besonders wenn es sich um die Zusammenarbeit mit den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vereinigten Staaten handelt sowie mit anderen Mächten der Weltwirtschaft. Wir brauchen eine Wende in den Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Bevölkerungen beider Länder sind schon viel weiter als ihre Regierungen. Wir rechnen auf eine eindeutige Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen und wollen eine wahre Versöhnung in demselben Maß wie jene, die zwischen Deutschen und Franzosen verwirklicht wurde.*¹¹⁰

Die Situation im außenpolitischen Umfeld änderte sich mit dem „herbstlichen Völkerfrühling“ radikal. Die Länder Osteuropas, die ihre Wende später als Polen eingeleitet hatten, wussten, dass sie keine

¹⁰⁷ Ágh spricht in diesem Zusammenhang von der "Gorbatschow-Doktrin Nr.1. Sie ließ den Ostblockstaaten (vor allem Ungarn und Polen) relative Freiheit, da sie die Hauptpunkte der Breschnew-Doktrin, d.h. die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt und die "führende Rolle" der Partei freiwillig akzeptieren, vgl. Ágh 1992: 20.

¹⁰⁸ *Exposé* des Ministerpräsidenten Mazowiecki am 12. September 1989; deutsch von Witold Leder, in: Polnische Perspektiven 4/1989, 5-14, hier 13.

¹⁰⁹ Ebenda, 14.

¹¹⁰ Ebenda, 14.

Intervention mehr zu erwarten hatten. Die Sowjetunion "entließ" ihre Verbündeten.¹¹¹ Die Situation Polens in der internationalen Arena wurde klarer. Polen, wie alle Staaten im östlichen Mitteleuropa, begann seine "Rückkehr nach Europa". Dieser Begriff wurde zum Symbol des Strebens der Ungarn, Tschechen, Slowaken, Ostdeutschen, Polen und anderer Völker nach einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung, nach Menschenrechten und der Integration in die westlichen politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsstrukturen (Pradetto 1992: 3). Dies höhnte die Zusammenarbeit im Warschauer Pakt und im RGW¹¹² dermaßen aus, dass die Auflösung dieser Institutionen folgerichtig und völlig unspektakulär im Juni bzw. Juli 1991 stattfand.¹¹³

Polen befand sich zur dieser Zeit nicht nur selbst in einem revolutionären Wandel des politischen Systems, sondern fand sich auch in einem neuen internationalen Umfeld wieder.¹¹⁴ Das neue Umfeld hat sich ohne Zweifel geopolitisch, militärisch, wirtschaftlich und kulturell verändert. So entstanden Verbindungen zwischen dem neuen demokratischen System und dem neuen internationalen Umfeld (Sulowski/Wojtaszczyk 2001: 157ff). Polnische Außenpolitik verstand sich als Gestaltung dieser Beziehungen mit den direkten Nachbarn (Tschechische Republik, Slowakei, Ukraine, Weißrussland, Litauen und der Region um das russische Kaliningrad) und vor allem mit der EU und den USA. Nachfolgend werden diese Verbindungen kurz dargestellt.

Die polnische Außenpolitik begriff noch vor 1989, dass die Lösung der Probleme des Landes nur in einer engeren Kooperation mit dem Westen möglich war. Daher wurden schon 1988 Verhandlungen über eine Kooperation zwischen Polen und der EG aufgenommen. Sie scheiterten, da das Interesse seitens der EG gering und seitens der polnischen Regierung politisch unmotiviert war.¹¹⁵ Mit der Regierung Mazowiecki kamen in Polen Kräfte an die Macht, deren Hauptziel darin bestand, eine am Westen angelehnte Zivilgesellschaft und Demokratie aufzubauen und Teil der westeuropäischen Strukturen zu werden. Man vertrat die Losung der "Rückkehr nach Europa".¹¹⁶ Sie war Bestandteil des Enthusiasmus und des Initialkonsenses des polnischen Umbruchs von 1989 (West)Europa war ein Symbol aller Ziele der polnischen Modernisierung. „Es schien, als wären wir

¹¹¹ Ágh bezeichnet diese Wende als die Gorbatschow-Doktrin Nr.2. Die Sowjetunion hat auf dem Gipfeltreffen auf Malta die Weltordnung von Jalta aufgegeben. Die Freiheit des äußeren Imperiums war der Preis für das innere Imperium.

¹¹² RGW - der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe - entstand 1949 unter sowjetischer Führung aus Reaktion auf den Marshallplan der USA.

¹¹³ Am 28. Juni 1991 fand in Budapest die letzte, 46. Vollversammlung dieser Organisation statt, in der neun Mitgliedstaaten das Protokoll über die Auflösung unterzeichnet haben. Die Entscheidung über die Abschaffung des Warschauer Vertrages hat der Politische Beratende Ausschuss der Staaten - die Beteiligten des Vertrages in der Sitzung in Prag am 1. Juli 1991 getroffen, siehe: Sulowski/Wojtaszczyk 2001: 151-165.

¹¹⁴ So haben sich Anfang der 90er Jahre alle Nachbarn Polens geändert. Keiner der früheren Staaten, die vorher an Polen grenzten, existierte mehr. Infolge manchmal auch gewaltiger und revolutionärer Veränderungen entstanden im engsten Umkreis Polens neue Staaten mit neuen, meistens demokratischen, politischen Systemen. Polen ist heute von neuen Nachbarstaaten umgeben.

¹¹⁵ Siehe Jarosław Mulewicz während einer Sitzung der Sonderkommission zur Erörterung des Gesetzes über die Ratifizierung des Europa-Abkommens am 30. April 1992, in: Materialien von den Arbeiten der Sonderkommission des Senats der RP zur Erörterung des Gesetzes über die Ratifizierung des Europa-Abkommens zwischen der Republik Polen und den Europäischen Gemeinschaften, Kanzlei des Senats der RP (Hg.), Warszawa 1993: 23

¹¹⁶ Detailliert darüber in Kapitel III 4.2. *Europadebatte in Polen.*

eine Einheit, als ob wir Europa, die Demokratie und die Marktwirtschaft herbeigesehnt hätten.“ (Wójcicki 1992: 23). Europa symbolisierte Demokratie und Wohlstand. Die Europäische Gemeinschaft war für die Opposition der 80er Jahre das Fundament des „Gemeinsamen Europäischen Hauses“. Von ihr erwartete man die politische und materielle Unterstützung der Reformen nach der Wende von 1989. Die Bemühungen Polens um Annäherung an die EG, mit dem strategischen Ziel der vollen Integration, stellten das wichtigste Element der polnischen Außenpolitik dar.

Schon im Herbst 1989 bemühte sich die Regierung Mazowiecki um die Assoziierung Polens mit den Gemeinschaften. Nachdem die EG im September 1989 ein Handels- und Kooperationsabkommen mit Polen unterzeichnet hatte, musste sie sich Gedanken machen, wie auf die Mitgliedschaftsbemühungen Polens, aber auch der Tschechoslowakei und Ungarns, zu reagieren sei. Die Unterstützung bei der Schaffung funktionierender Demokratien und der Marktwirtschaft war dabei nur eines der vielen Ziele, die für die Bildung eines einheitlichen und starken Europas von Bedeutung waren. In erster Linie wurden die Alternative zwischen Erweiterung und Vertiefung und die daraus resultierenden Varianten der Entwicklung der EG diskutiert.¹¹⁷

In diesem Kontext war die neue Formel der Assoziierung durch das Europa-Abkommen für die Länder Mittelosteuropas erfunden worden. Diese Abkommen wurden in langen Verhandlungen (Dezember 1990 bis November 1991) zu einem komplexen Instrument entwickelt, „vielleicht dem komplexesten neben der Mitgliedschaft, das die Gemeinschaft je vorgeschlagen hat“ (Rollo/Wallace 1991: 54). Das Europa-Abkommen zwischen der Republik Polen und der EG wurde am 16. Dezember 1991 unterzeichnet. Es sah einen politischen Dialog im Rahmen des Assoziationsrates und des Parlamentarischen Assoziationsausschusses sowie das Erreichen eines freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs durch gegenseitige und schrittweise Liberalisierung innerhalb von zehn Jahren, bei asymmetrischem Abbau der Schranken zugunsten der assoziierten Länder, vor.¹¹⁸

Die Relevanz dieser Bestimmungen wurde aber erheblich durch die Anwendung handelspolitischer Instrumente (zur Beschränkung des Warenzugangs), durch die Ausklammerung sensibler Bereiche bei der Implementation des Handelsteils sowie durch einen bedeutenden Verzug bei der Ratifizierung und beim Inkrafttreten des Abkommens (am 1. Februar 1994 statt am 1. Januar 1993) konterkariert (Kramer: 1992). Bei der Ratifizierung am 4. Juli 1992 stimmten im Sejm 238 Abgeordnete für die Annahme des Assoziierungsvertrags, 78 dagegen, 20 enthielten sich. Die Zustimmung reichte von der SLD über die UD, den KLD bis zur PC. Sogar die Bauernpartei PSL stimmte trotz starker Proteste unter den Bauern zu, weil sie realpolitisch keine Chance sah, für Polen weitere Vorteile herauszuhandeln. Die Gegenstimmen kamen von einigen Abgeordneten der Konföderation für Unabhängiges Polen - KPN und von fast allen Abgeordneten der ZChN. Europa dürfte nicht der nächste Hegemon Polens werden, nachdem die Vorherrschaft der Sowjetunion

¹¹⁷ Für die Systematisierung und weitere Literatur siehe Weßels 1993: 308-316; hier findet man auch die Klassifizierung der Mitgliedschaftsanwärter in vier Gruppen, abhängig von ihrer Chance, die allgemein gesetzten Kriterien zu erfüllen.

¹¹⁸ Für den Text siehe: *Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie ihrer Mitgliedstaaten und der Republik Polen*, in: Läufer 1993: 273-332; für eine detaillierte Analyse Kuschel 1992: 93-100.

abgeschüttelt sei, erklärte der KPN-Vorsitzende Leszek Moczulski.¹¹⁹ Größere Arbeitslosigkeit, Verdrängung einheimischer Lebensmittel vom Markt und ein Schock für die Landwirtschaft, lauteten die am häufigsten geäußerten Befürchtungen.

Einen wichtigen Schritt in Richtung EU-Mitgliedschaft machte Polen mit dem Beitrittsantrag. Am 8. April 1994 reichte der damalige polnische Außenminister Olechowski das EU-Beitrittsgesuch ein. Ab diesem Zeitpunkt wurden für Polen die Erfüllung der politischen und ökonomischen Kriterien sowie die Anpassung des nationalen Rechts an den Rechtsbestand der Europäischen Union, den *acquis communautaire*, Fragen von politischer Brisanz. Das war möglich, weil die EU auf dem Gipfel in Kopenhagen im Juni 1993 beschlossen hatte, den mittelosteuropäischen Staaten die Möglichkeit einer EU-Vollmitgliedschaft zu eröffnen, falls diese bestimmte politische und wirtschaftliche Kriterien, u.a. demokratische Stabilität und Rechtsstaatlichkeit, erfüllten.¹²⁰

Der Beitritt neuer Mitgliedstaaten ist in Art. 49 des EU-Vertrags geregelt. Das Beitrittsverfahren beginnt mit dem Beitrittsantrag, an den sich eine Vorbereitungs- und Verhandlungsphase anschließt. Diese Phase dient zum einen der Herstellung der Beitrittsreife, d.h. der Heranführung der Beitrittskandidaten an die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Standards der EU, zum anderen der Aushandlung der Beitrittsverträge.

Der Beitritt eines Bewerberlandes zur EU muss nicht nur den Verfahrensanforderungen der Europäischen Union und der einzelnen EU-Mitgliedstaaten entsprechen. Er setzt auch voraus, dass die Verfassung des Bewerberlandes einen solchen Beitritt erlaubt. Dies ist keine Selbstverständlichkeit, geht es doch um nicht weniger, als die Abgabe eines erheblichen Teils der staatlichen Souveränität an die EU.¹²¹ Die polnische Verfassung vom 2. April 1997 enthielt eine entsprechende „europäische Öffnungsklausel“, die den Beitritt Polens zu supranationalen Strukturen gestattet. Nach Artikel 90 Abs.1 kann die Republik Polen auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages einer internationalen Organisation staatliche Kompetenzen in einzelnen Angelegenheiten übertragen. Zwar steht es nicht ausdrücklich im Verfassungstext, ist jedoch offensichtlich, dass hier der Beitritt zur Europäischen Union gemeint ist (Garlicki 2001: 286). Gerade diese Vorschrift war Gegenstand scharfer politischer Auseinandersetzungen, weil die Gruppierungen, die gegen die Verfassung waren, sich die so genannte Integrationsgefahr als einen der Hauptpunkte ihrer Kritik ausgesucht hatten.¹²²

¹¹⁹ Zitiert nach Hirsch 1994: 73.

¹²⁰ Die sog. Kopenhagener Kriterien. Die politischen Kriterien umfassen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Minderheitenschutz; die ökonomischen Bedingungen fordern eine funktionierende Marktwirtschaft, sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Europäischen Union standzuhalten. Für eine genaue Aufschlüsselung und eine Bewertung der Beitrittskandidaten nach diesen Kriterien, vgl. die regelmäßigen Berichte der Kommission, sowie das Gesamtdokument: Bericht über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, siehe im Internet unter: <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/docs/index.htm> (15.02.2000).

¹²¹ Vgl. nur Wasilkowski 1996 oder breiter Zemanek 1999.

¹²² Diese Kritik hat die Mehrheit der am Verfassungsreferendum Beteiligten nicht überzeugt, doch sie hat die Redaktion des Art. 90, bei der politische Vorsicht und die Hoffnung auf einen Kompromiss ausschlaggebende Faktoren waren, in gewisser Weise beeinflusst.

Es vergingen rund vier Jahre, ehe Polen am 31. März 1998 die Beitrittsverhandlungen beginnen konnte. Zunächst schuf das polnische Parlament im August 1996 die gesetzliche Grundlage für die Schaffung eines "Komitees für die Europäische Integration". Diese Institution sollte das Zusammenwachsen mit Europa koordinieren. Die EU ihrerseits eröffnete mit dem "Amsterdamer Vertrag" von Juni 1997, der allerdings erst 1999 in Kraft trat, und der "Agenda 2000" von Juli 1997 den Weg für Beitrittsverhandlungen. Im Dezember 1997 beschloss die EU mit elf Kandidaten Beitrittsverhandlungen zu führen, die sich als ausgesprochen schwierig erwiesen. Das Hauptproblem für Polen bildete die Landwirtschaft, die schwierige Prozesse der Anpassung an die Wettbewerbsbedingungen in der EU vor sich hatte. Problematisch waren auch Bereiche wie der Kohlebergbau, die Stahlindustrie und die Rüstungsindustrie, die noch immer nicht privatisiert waren und zudem staatlich subventioniert wurden.

Während die Zustimmung zum NATO-Beitritt - das wichtigste außenpolitische Ereignis der 90er Jahre - so gut wie einmütig war, hatte die zuvor fast ebenso große Unterstützung für den EU-Beitritt merklich nachgelassen, seit konkrete Konsequenzen für bestimmte Berufsgruppen (wie Landwirte oder Bergarbeiter) deutlich wurden. Trotz dieser Probleme gelang es der polnischen Regierung bei der Zusammenkunft des Europäischen Rates am 12./13. Dezember 2002, die ebenfalls in Kopenhagen stattfand, die Verhandlungen erfolgreich abzuschließen und eine deutliche Mehrheit der Polen im Referendum für den EU-Beitritt zu gewinnen. Am 7. und 8. Juni 2003 stimmten die Polen mit 76,9 Prozent (bei einer Wahlbeteiligung von 58,85 Prozent) für den Beitritt, der am 1. Mai 2004 vollzogen wurde.

Diese Erfolgsgeschichte war der konsequenten Politik aller nacheinander folgenden Regierungen Polens zu verdanken. Obwohl nach jedem Machtwechsel aus verschiedenen Gründen die Frage nach der Kontinuität polnischer Außenpolitik gestellt wurde, führten die Linken 1993 und die Rechten 1997 sowie 2001 wieder die Linken, trotz einer starken, antieuropäischen Opposition, eine eindeutige auf EU- und NATO-Mitgliedschaft ausgerichtete Politik weiter.

Zuerst auf den Prüfstand gelangte die SLD, als sie 1993 die Regierungsverantwortung übernahm. Befürchtungen, es könne zu einem Stillstand der Reformen und zu einer Abkehr von den bisherigen außenpolitischen Prioritäten kommen, erwiesen sich bald als unbegründet. Im Gegenteil: „Die gewandelten Jünger Lenins profilierten sich schnell als eifrige Verfechter von Marktwirtschaft, Demokratie und Anbindung an den Westen“ (Lang 2001: 7). Trotz der Bedenken der Opposition im Vorfeld der Wahlen, dass:

*die Regierungsbildung von SLD die Gefährdung polnischer Interessen in der Welt im wesentlichen Maße herbeiführen wird (...) sowie die Einbeziehung Polens in die europäischen Strukturen beeinträchtigen wird.*¹²³

wurden die pro-integrationsgerichteten Erklärungen aus dem Wahlkampf 1993 in politischen Aktivitäten im Rahmen der Koalition SLD-PSL zum Ausdruck gebracht.

1997 war mehr als deutlich, dass die UW weiterhin eine prowestliche Politik betreiben wollte, die auf die Integration in NATO und EU abzielte und die enge Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland und mit Frankreich im Rahmen des Weimarer Dreiecks sowie mit den Vereinigten Staaten vorsah. Zudem sollte Polen ein Verbindungsglied zwischen NATO und EU und den Ländern östlich von Polen bilden. Zweifel tauchten insbesondere in Bezug auf die größere Regierungspartei - die AWS - auf, da von verschiedenen Gruppierungen, die in diesem Bündnis zusammengeschlossen waren, deutlich europaskeptische und nationale Töne zu vernehmen waren. Bezüglich der NATO setzte sich die AWS klar für eine zügige und volle Integration ein, wie u.a. der Vorsitzende Krzaklewski am 31. August 1997 im vorletzten seiner 21 programmatischen Punkte ausführte.¹²⁴ Bezüglich der EU bekannte sich das AWS-Programm vom Mai 1997 zwar zu Union, allerdings einer Union im Sinne von de Gaulle - also ein Europa der Vaterländer, in das man die christlichen Wurzeln der eigenen Zivilisation einbringen wolle.¹²⁵ Dort lagen die wesentlichen Unterschiede im Vergleich zur vorherigen Regierung, die aus verständlichen Gründen keine Christianisierung Europas anstrebte.

Obwohl man im Koalitionsvertrag zwischen der AWS und der UW nicht strittig über die baldige Mitgliedschaft in NATO und der EU als wichtigste außenpolitische Ziele war, was auch im Regierungsprogramm von Premier Buzek und dessen Ausführung zum Ausdruck kam, waren von Seiten der AWS europakritische Töne zu hören. Das hing allerdings damit zusammen, dass die eigentliche Phase der Integration in die EU und damit die Erkenntnis hinsichtlich bestimmter Probleme erst mit den Verhandlungen im Frühjahr 1998 begannen. Europaskeptische Stimmen kamen sowohl von den Vertretern von Radio Maryja¹²⁶ wie auch von ZChN und ROP. Nach Einsetzen populistischer Slogans, wonach die EU-Mitgliedschaft mit einem Verlust der polnischen, kulturellen Identität, der völligen staatlichen Souveränität und der Aufweichung christlicher Werte gleichgesetzt wurde, gelang dieser Seite des politischen Spektrums 2001 der Einzug ins Parlament. So erschwerten die LPR und auch die Samoobrona als Opposition den pro-europäischen Kurs der Koalition SLD/PSL. Ihnen gelang es jedoch weder, einen Kurswechsel herbeizuführen noch die Bevölkerung beim EU-Referendum zu beeinflussen. Interessanterweise landete gerade die sich katholisch-nationalistisch gebende LPR mit zehn Mandaten auf dem zweiten Platz bei den Europawahlen. Zusammen mit der Samoobrona sind 16 der 54 gewählten polnischen EU-Abgeordneten konsequente EU-Gegner. LPR-Chef Roman Giertych verkündete bereits, seine Mandatsträger gingen nach Straßburg, um die EU "umzukrempeln".¹²⁷

Trotzdem zeigte sich Polen 2000 in Nizza, als es um das EU-Abstimmungsverfahren ging, und 2002 in Kopenhagen, als es um die Höhe der Subventionen für polnische Landwirte ging, als entschlossener Verhandlungspartner. Polen fühlte sich willkommen und ernst genommen im EU-

¹²³ Bronisław Geremek und Aleksander Hall in: *Gazeta Wyborcza* von 17. September 1993.

¹²⁴ In: *Tygodnik Solidarność* v. 5.09.1997 oder im Internet unter: <http://www.solidarnosc.org.pl>.

¹²⁵ AWS-Programm vom Mai 1997, 12f.

¹²⁶ Dabei handelte es sich um die Gruppierung Polska Federacja Stowarzyszen Rodzin Katolickich (Polnische Föderation der Vereinigungen katholischer Familien). Sie war im sogenannten Koordinationskomitee der AWS, dem Führungsorgan, mit Kazimierz Kapera als einem von insgesamt vier stellvertretenden Vorsitzenden präsent.

Europa. Man verstand dies in Warschau als gerechten Dank für den Beitrag der antikommunistischen Kräfte Polens zum Sturz des Sowjetimperiums. In den Verhandlungen über die EU-Verfassung und im Irak-Konflikt zeigten sich dann aber die ersten Anzeichen neuer Auseinandersetzungen zwischen der EU und Polen. Beide hatten ihre Wurzeln in der polnischen Geschichte, seinem Souveränitätsverständnis und dem starken Bedürfnis nach eigener, kulturell und historisch grundlegender, nationaler Identität und Sicherheit. Das Ringen der EU-Mitgliedstaaten um eine neue EU-Verfassung während der Regierungskonferenz im Herbst 2003 hat auf das Verhältnis Polens zu den anderen europäischen Partnern zurückgewirkt. Die polnische Angst vor deutsch-französischer Hegemonie in Europa hat das Verhältnis zu diesen bisher bevorzugten Partnern zeitweilig belastet. Als die polnische Regierung sich entschloss an der Seite der Vereinigten Staaten im Irak-Krieg militärisch sich aktiv zu engagieren (Warschau unterschrieb den von Frankreich und Deutschland nicht mitgetragenen gemeinsamen Appell vom 30. Januar 2003 "Europa und Amerika müssen zusammenhalten"), und Polen eine eigene militärische Zone im Irak übernahm,¹²⁸ führte dies zu weiteren Verstimmungen. Polen sei ein trojanisches Pferd Amerikas in Europa, konstatierte der französische Außenminister. Und in Berlin fragte man sich, ob für die polnische Seite die bilateralen Interessengemeinschaften nur dazu dienen, Finanzforderungen gegenüber der EU durchzusetzen (Kerski 2004:35). In Polen empfand man die Wucht der Geringschätzung Frankreichs und eines großen Teils der deutschen Medien als Zeichen der alten Arroganz. Tiefsitzende Ängste vor der Großmachtspolitik in Europa wurden wieder wach. Natürlich spielte das Gefühl; endlich ein anerkannter Partner zu sein, der im Rahmen seiner bescheidenen Möglichkeiten Amerika beistehen kann, eine wichtige Rolle bei der Entscheidung der Regierung Miller (dabei billigte die Opposition weitgehend die pro-amerikanische Politik der Regierung). Wichtiger war jedoch die reale Prüfung des polnischen Eigengewichts in der NATO und der EU. Eine Prüfung, für die es weder Vorbilder noch Grundmuster gab. Schließlich erscheint Polen erst jetzt als ein souveränes Mitglied der NATO und der EU auf der europäischen Bühne (Krzemiński 2003a: 1068).

Die USA und Europa sollten nach Ansicht von Marek Siwiec vom Büro für Nationale Sicherheit keine getrennten Wege zu gemeinsamen Zielen gehen. Dies sollte auch als Leitfaden der Außenpolitik Polens gelten (Bartoszewski 2002). Ferner sollten die in naher Zukunft entstehenden europäischen Sicherheitsstrukturen nicht das Modell NATO kopieren. Eine institutionelle Dopplung gelte es zu vermeiden.

Die EU sollte als eine starke Säule der transatlantischen Gemeinschaft und nicht als Gegner der Vereinigten Staaten aufgebaut werden. So verstehe ich auch die polnische Außenpolitik. Man sollte alles daransetzen, jeglichen Konflikt mit den Vereinigten Staaten in Dialog und Zusammenarbeit umzugestalten (Michnik in: Rother 2003b).

¹²⁷ Aus Zadura: *Politikmüde: 80 Prozent der Polen gingen nicht zur Wahl*, im Internet unter: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/17719/1.html> v. 23.06.2004.

¹²⁸ Die polnische Besatzungszone im Irak war eine amerikanische Geste. Schon 1991 hatte der polnische Geheimdienst CIA-Agenten aus dem Irak herausgeschmuggelt, und seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Bagdad wurden amerikanische Belange von der polnischen Botschaft vertreten (Krzemiński 2001: 1067).

Polens besondere sicherheitspolitische Beziehung zu den USA reicht weit über die Irak-Krise, in der es sich von Anfang an uneingeschränkt auf die Seite der USA stellte, und auch weit über den NATO-Beitritt hinaus:

Seit der Unterstützung Amerikas bei der Wiedergeburt der polnischen Republik nach dem ersten Weltkrieg und der selbstlosen Beteiligung von US-Piloten an dem Krieg mit Russland 1920/21 (...) waren die Vereinigten Staaten ein ständiger Begleiter auf dem langem Marsch zur Freiheit Polens, auch während des zweiten Weltkrieges und in der darauf folgenden Zeit des kommunistischen Regimes. (...) Mit der NATO und ihrer strategischen Konzeption identifiziert sich Polen vorbehaltlos (Bartoszewski in: Arnold 2003: 65-66).

Negative Reaktionen Frankreichs und Deutschlands auf die Außen- und Sicherheitspolitik Washingtons wurden von den Regierenden und der überwiegenden Mehrheit der Opposition in Polen als eine Politik gegen den wichtigsten strategischen Verbündeten der polnischen Republik, gemeint waren die USA, gewertet und somit gegen den, wie Warschau meinte, wirklichen Garanten der Sicherheit des polnischen Staates empfunden. Man befürchtete, eine Schwächung der euroatlantischen Solidaritätsverbindungen würde die Sicherheitslage des polnischen Staates wesentlich verschlechtern.

Ein anderen Pfeiler der polnischen Außenpolitik, dessen Bedeutung in den 90er Jahren unterschiedlich intensiv war, ist die polnische Ostpolitik.¹²⁹ Wie im *Exposé* von Mazowiecki schon erwähnt, bestand ein wichtiges polnisches Interesse an den guten Beziehungen zur Sowjetunion. Der Versuch einer zweigleisigen Außenpolitik, die weder Moskau irritieren, noch den Ausbau der Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken bremsen sollte, erwies sich nach 1990 jedoch bald als nicht durchführbar, wollte Polen nicht in einen russisch-amerikanischen Konflikt hineingezogen werden oder die eigenen Aussichten auf eine rasche Integration in westliche Strukturen schmälern. Die polnische Außenpolitik hat durch das erstmalige Vorhandensein eines Staatengürtels östlich des eigenen Landes mehr Selbständigkeit erhalten. Das Gefühl, in einer Zange zwischen Russland und Deutschland gefangen zu sein, schwächte sich zunehmend ab.¹³⁰ Dieser Spielraum wurde durch eine seit 1990 insgesamt, trotz vieler Regierungswechsel, kontinuierliche Außenpolitik genutzt.

Die Beziehungen zu Russland bleiben weiterhin komplex. Sie haben sich seit Mitte des Jahres 2000 nach einem sichtbaren Tief, als Folge der scharfen russischen Ablehnung des polnischen NATO-Beitritts, durch gegenseitige Bemühungen, eine weitere Eskalation der gegenseitigen Beschuldigungen zu verhindern, sichtbar verbessert. Verdeutlicht wurde dies durch die feierliche Einweihung der Gedenkstätte in Katyn (Juli 2000)¹³¹ und eine Reihe von Begegnungen Präsident Kwaśniewskis mit Präsident Putin. Zu gelegentlichen zusätzlichen Irritationen im gegenseitigen

¹²⁹ Vgl. hierzu: Gerhardt 2001 und Garsztecki 1998.

¹³⁰ Nachdem die Bemühungen der Jahre 1989 bis 1991, die KSZE zur europäischen Sicherheitsorganisation umzugestalten, als nicht sehr erfolgreich eingeschätzt werden müssen, ist die NATO als die wichtigste funktionierende politische und militärische Struktur Europas der Anlaufpunkt der verunsicherten Staaten Osteuropas geworden.

¹³¹ Anlass war der 60. Jahrestag des Massakers des NKWD (Volkskommissariat des Inneren der UdSSR) an polnischen Offizieren, ein Thema von hoher emotionaler Bedeutung in Polen.

Verhältnis führten immer wieder unterschiedliche Standpunkte der polnischen Regierung und dem Präsident Polens, wobei letzterer nie die antirussischen Tendenzen einiger Mitglieder der AWS-Regierung teilte.

Die im Zusammenhang mit dem polnischen EU-Beitritt aufgetretene Frage der Einbeziehung Polens in das bestehende Abkommen über Partnerschaft und Kooperation zwischen der EU und Russland und die Gaspipelinekrise zwischen Russland und Weißrussland haben andererseits gezeigt, mit welcher Sensibilität man in Warschau die Entwicklung dieser historisch wichtigen Beziehungen verfolgt. Polen hat sein eigenes Interesse an einer engen Einbindung Russlands durch die Zusammenarbeit mit der EU und der NATO erkannt und eine aktive Mitarbeit an der Ausgestaltung angekündigt.¹³²

Die Beziehungen zu den anderen östlichen Nachbarn haben einen grundsätzlich von den Beziehungen zu Russland abweichenden Charakter. Die bisherige polnische Ostpolitik konzentrierte sich auf die Intensivierung der Beziehungen den direkten östlichen Nachbarn, deren Unabhängigkeit von Russland ein wesentliches Element der polnischen Sicherheitspolitik darstellt. Polen unterzeichnete zwischen Mai und Juli 1992 mit allen östlichen Nachbarn bilaterale Grundlagenverträge. Nur mit Litauen, für das die Stellung der polnischen Minderheiten im Lande sowie die Beurteilung der Besetzung Vilnius von 1920 bis 1939 durch Polen von großer Bedeutung waren, dauerte der Abschluss eines entsprechenden Vertrages zwei Jahre länger. In Bezug auf Weißrussland sieht es Polen als seine Aufgabe an, das Land vor einer vollständigen Isolation zu bewahren. Zu diesem Zweck sucht man einerseits den Kontakt zur weißrussischen Zivilgesellschaft und vermeidet es andererseits, den Kontakt zum Regime Lukaschenko ganz abreißen zu lassen. Die zunehmende Härte, mit der Lukaschenko die eigene Opposition bekämpft, macht kurzfristige Fortschritte zur Zeit eher unwahrscheinlich.¹³³

Strategisches Ziel Polens ist es, trotz der Integration nach Westen die Grenzen nach Osten möglichst offen zu halten und nicht an der Ostgrenze von NATO und EU potentielle „Gegner“ auszugrenzen. Dies betrifft vor allem die Ukraine, deren Unabhängigkeit nach Brzezinski für Polen einen ähnlichen Stellenwert besitzt wie die Westintegration Deutschlands. Die polnische Regierung hat großes Interesse an einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ukraine. Sie hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, das bilaterale Verhältnis auf eine neue Grundlage zu stellen. Die am 21. Mai 1997 unterzeichnete Versöhnungserklärung beider Parlamente soll das Fundament für eine langfristige Aussöhnung beider Völker - analog zum deutsch-polnischen Verhältnis - bilden. Polen bemüht sich ferner aktiv um eine Heranführung der Ukraine an die euro-transatlantischen Strukturen. Es hat angekündigt, sich insbesondere an der Ausformulierung der neuen EU-Nachbarschaftspolitik zu beteiligen. Würde Polen nach dem EU-Beitritt nun auch dem Schengener Abkommen beitreten,

¹³² Vgl. dazu die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Köln vom Juni 1999 im Internet unter: http://europa.eu.int/council/off/conclu/june99/june99_de.htm, die Gemeinsame Strategie für Russland lässt sich nachlesen unter: http://europa.eu.int/council/off/conclu/june99/annexe_de.htm (01.10.2000). Zur differenzierten Auseinandersetzung mit der Auswirkung der widersprüchlichen Strategien der EU, einerseits die Kooperationsbemühungen in dieser Region zu fördern und andererseits durch die angestrebte Erweiterung des Schengen-Raums neue Kooperationshindernisse zu verursachen, siehe Kempe/van Meurs/von Ow (Hg.) 1999.

¹³³ Mehr darüber siehe z.B. Beiträge von Bienek/Weichsel 2000.

ergäben sich gegenüber der Ukraine Abgrenzungsprobleme, die kaum im polnischen Interesse lägen (Ziemer/Matthes 2004: 234). Dafür müssen noch Lösungen innerhalb der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gefunden werden. Die sich hieraus ergebenden Probleme scheinen erst in ihren Anfängen zu stecken. Mit ihrer weiteren Entwicklung dürften markante Möglichkeiten für die polnische Europapolitik einhergehen.

Mit den anderen Nachbarn Polens, der Tschechoslowakei (nach dem 1. Januar 1992 Tschechische Republik und Slowakische Republik) und Ungarn besteht eine Interessengemeinschaft, die eine enge Zusammenarbeit zur Anpassung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsniveaus an die EU-Standards, sowie zur Entwicklung stabiler demokratischer Verhältnisse im Rahmen des Visegrader Dreiecks¹³⁴ vereinbart hat.

Zum Schluss soll noch kurz auf die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zum wichtigsten Nachbarn und europäischen Partner Polens, Deutschland, eingegangen werden. Ein Thema, das die intellektuellen Kreise der Opposition seit langem beschäftigte, war die Notwendigkeit der Überwindung von Vorurteilen und historischen Schuldzuweisungen zwischen Polen und Deutschen (Dimitrow 1990: 9). Vor allem bestimmt die Politik Hitlerdeutschlands während des Zweiten Weltkrieges das Verhältnis der Polen zu den Deutschen. „Eine neue Einstellung gegenüber den Deutschen gehört gewiss zu den wichtigen Bestandteilen des polnischen Modernisierungsprozesses.“ (Wójcicki 1992: 26). Die „deutsche Gefahr“ und der „deutsche Revanchismus“ wurden von der PZPR sehr lange als Elemente des Nationalkonsenses ausgenutzt. Die Deutschfeindlichkeit war die letzte Hoffnung der kommunistischen Propaganda auf einen Legitimationsersatz. Sie erzeugte den Mythos, dass die polnische Gesellschaft sich in dieser einen Frage nicht spalten lasse, was aber im Grunde eine Erpressung war (Prawda 1992: 468).

In einer Sache kann man aber von einem wirklichen Konsens in der Gesellschaft sprechen. Es handelt sich um die Frage der Oder-Neiße-Grenze. Obwohl nicht alle Polen die These vom „wiedergewonnenen alten polnischen Land“ unterstützten, war diese Frage für alle (auch für die *Solidarność* und folglich für die Mazowiecki-Regierung) aufgrund der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und spätestens nach den Verträgen mit der DDR (vom 6. Juli 1950) und mit der Bundesrepublik Deutschland (vom 7. Dezember 1970) ein für allemal entschieden. Die Auffassung der Bundesrepublik, nach der Polen die ehemaligen deutschen Ostgebiete noch nicht endgültig erworben habe und die deutsch - polnische Grenze erst in einem Friedensvertrag zu regeln sei, der von einem gesamtdeutschen Souverän unterzeichnet werden müsse, wurde in Polen einmütig abgelehnt. Die polnische Diplomatie unter Krzysztof Skubiszewski war daher bemüht, dass die Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze zum Gegenstand der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und Polen zu ihrem Teilnehmer wurde. Mit Unterstützung der USA, Frankreichs und Großbritanniens und gegen den Willen der Bundesrepublik konnte Polen an der Berliner Runde der Gespräche teilnehmen. Nach schwierigen

¹³⁴ Der Name kommt von der Konferenz der Staatsoberhäupter im Februar 1991 in Visegrad in Ungarn, auf der die Kooperation beschlossen wurde.

Verhandlungen erfolgte am 14. November 1990 die Unterzeichnung des Vertrages über die Bestätigung der bestehenden Grenze, in dem Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen als „eine Mahnung und Herausforderung zur Gestaltung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten“¹³⁵ bezeichnet wurden.

Die ausführliche Behandlung dieser Frage soll veranschaulichen, wie wichtig die endgültige vertragliche Bestätigung der Grenze durch das vereinte Deutschland als Abschluss einer düsteren Epoche in den gegenseitigen Beziehungen ist. Andererseits bildete dies zusammen mit der Anerkennung des deutschen Leids den Anfang einer neuen Epoche. Das Fundament für ihre Gestaltung bildet der Vertrag über Gute Nachbarschaft und Freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991.¹³⁶ Darin wurden Punkte wie die gegenseitige Anerkennung der Minderheiten und ihre Brückenfunktion, die Entwicklung der Zusammenarbeit in allen Bereichen sowie das Versprechen der Bundesrepublik, die Heranführung Polens an die EG „im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften“(Art.8) zu unterstützen, festgeschrieben.

Die Bundesrepublik wurde ihrer selbsterklärten Rolle als Anwalt polnischer Interessen in Brüssel gerecht, und in Polen machte der Satz von Jan Krzysztof Bielecki, der Weg Polens nach Europa über Deutschland führe, Karriere. Das deutsch-polnische Verhältnis wurde zu einem Modell für die Entwicklung von historisch belasteten Beziehungen zwischen Nationen hin zu einer intensiven Kooperation zwischen demokratischen Staaten. Im Laufe der EU-Erweiterungsverhandlungen wurden jedoch zahlreiche deutsch-polnische Interessengegensätze (Niederlassungsfreiheit, Immobilienmarkt) deutlich, deren Bedeutung in der Öffentlichkeit beider Länder stark überschätzt wurde (Bachman 2003). Zum historischen Zeitpunkt - dem Beitritt Polens zur EU - befanden sich die deutsch-polnischen Beziehungen in ihrer bislang tiefsten Krise. Die Verhandlungen über die EU-Verfassung, die Debatten um den Irak-Krieg, das vom Bund der Vertriebenen initiierte „Zentrum gegen die Vertreibungen“ und die Diskussionen über die Entschädigungsfrage und über Reparationsforderungen zeigten, wie schwer es für Deutsche und Polen ist, die historisch belasteten Beziehungen zu einer intensiven Kooperation zwischen demokratischen Staaten zu gestalten. Hinzu kommt eine Reihe von bilateralen Problemen: Resolutionen zur Vertreibung, Missverständnisse und Interessenkonflikte bei der Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter, Rückgabe kriegsbedingt verlagertes Kulturgüter, deren Behandlung durch die Regierungen und Medien beider Länder antideutschen Ressentiments in Polen und antipolnischen in Deutschland besonders Auftrieb gab. Interessenunterschiede führten quasi automatisch zu einer abwertenden moralischen Bewertung des Verhaltens des Nachbarlands in der Öffentlichkeit (Niewiadomska-Frieling 2001).

Experten wiesen bereits Ende der 90er Jahre darauf hin, dass der Dialog zwischen den politischen Eliten beider Länder oberflächlich verlaufe und ritualisiert sei („Versöhnungskitsch“, „Ideen- und Sprachlosigkeit“) und die Beziehungen zwischen Berlin und Warschau lediglich auf die Beendigung

¹³⁵ Zitat aus der Präambel des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze v. 14.11.1990. Ausführlich über die Verhandlungen siehe: Teltschik 1991.

¹³⁶ Für den Text siehe z.B. Auswärtiges Amt und Bundesministerium des Inneren in Zusammenarbeit mit der Botschaft der Republik Polen (Hg.): *Die deutsch-polnischen Verträge vom 14.11.1990 und 17.06.1991*; für Kommentar siehe: Bingen 1991b.

der EU-Beitrittsverhandlungen fixiert seien. Es fehlte an einer zukunftsweisenden Agenda und an der Setzung neuer Schwerpunkte in Schlüsselbereichen wie Jugend- und Elitenaustausch, Bildung, Sicherheitspolitik oder Modernisierung der Verkehrsverbindungen (Kerski 2004).

Mit der Mitgliedschaft stehen viele Möglichkeiten für eine Annäherung in einem vereinten Europa offen. Es wäre aber falsch zu glauben, dass die deutsch-polnischen Beziehungen in der Europapolitik beider Länder aufgehen und sich die bilateralen Kontakte nur noch innerhalb dieser Institutionen abspielen. Angesichts der gemeinsamen Grenze, deutscher und polnischer Minderheiten im jeweils anderen Land, der engen wirtschaftlichen Verflechtung und nicht zuletzt der gemeinsamen, schwierigen Geschichte wäre es unrealistisch, davon auszugehen.

Während der Beitrittsverhandlungen und der Ratifizierungsdebatte sowie der Referendumsdebatte wurden Unterschiede sichtbar, die das hier gezeichnete Bild stark differenzieren. In Polen hat eine Diskussion über die Rolle Polens, seine nationale Identität und Kultur in einem integrierten Europa nun deutlich begonnen, wobei die Frage des polnischen Beitrags für dieses Europa oder für die Endform des Zusammenlebens nach wie vor unklar ist. Nachfolgend sollen die wichtigsten politischen Kräfte hinsichtlich ihrer Stellung bezüglich des Integrationsprozesses mit der Europäischen Union analysiert werden.